

Wird der Schönblick in Schramberg zum „Schandfleck in Sulgen“?

Martin Himmelheber (him)

17. Dezember 2021

Schramberg. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat sich Mitte Oktober mit der Erschließung eines großen, seit vielen Jahren un bebauten Grundstücks im Bereich Schönblick befasst. In dem Gebiet wolle ein Investor „zeitnah Neubauten errichten“, hieß es in der Vorlage von Tiefbauchef Konrad Ginter. Die Stadt habe aufgrund ihrer Vorkaufsrechte Flächen dieses Grundstücks gekauft, um eine Stichstraße für die Erschließung des Grundstücks herstellen zu können. Ginter schätzte die Kosten für den Straßenbau auf 180.000 Euro, für die Kanalisation auf 200.000 Euro.

Gegen diese Pläne hat sich nun eine Bürgerinitiative gebildet. Sie fürchtet um den „Schön-Blick“ und spricht vom „nächsten Schandfleck in Sulgen: Vierstöckige Flachdach - Wohnkasernen“.

Infos aus der Zeitung

In einer Pressemitteilung berichten im Auftrag der Bürgerinitiative Schönblick Simone Fader und Simone Höft darüber, dass seit mehreren Wochen die Bürgerinnen und Bürger im Gebiet Schönblick, Bergstraße und dem südlichen Teil der Hardtstraße verunsichert seien, „was sich hinsichtlich der Bebauung einer noch un bebauten Wiese im Schönblick entwickelt“. Sie erhielten die „unterschiedlichsten Informationen“.

Die geplante Stichstraße (links), um vier Häuser auf dem Grundstück zu erschließen. Grafik: Stadt

Zum einen hätten die Anliegerinnen und Anlieger aus der Zeitung vom Plan einer Stichstraße erfahren. Zum anderen gehe ein Immobilieninvestor von Haus zu Haus, „um für sein Bauprojekt von drei - und vierstöckigen Mehrfamilienwohnblocks im Umfeld von Ein- beziehungsweise Zweifamilienhäusern zu werben.“ Daraufhin hätten sich die Betroffenen und Interessierte zu einer Bürgerinitiative zusammengetan und sich an die Stadtverwaltung gewandt. Nun habe es vergangene Woche eine Informationsveranstaltung

in die Aula gegeben.

Infos in der Aula

Die Bürgerinitiative wollte mehr über das geplante Großbauprojekt von mehreren Mehrfamilienwohnblocks erfahren. Außerdem sei es um die neue Stichstraße und die Sanierung und den Ausbau der Straße Schönblick gegangen.

Die Sprecherin der Bürgerinitiative, Simone Fader, erläuterte in der Versammlung, dass Bürgerinnen und Bürger, die über mehrere Generationen hier lebten und arbeiteten, betroffen seien.

Bereits vor zwei Jahrzehnten seien diese übergegangen worden, „als ohne eine Einigung mit den Grundstückseigentümern ein Bebauungsplan erstellt wurde, der die Eigentümerinteressen nicht berücksichtigt hatte“. Von den jetzigen Plänen hätten sie aus der Presse erfahren, kritisierte Fader laut der Pressemitteilung.

Verlust der Heimat?

Sehr emotional sei die Stellungnahme auch deshalb ausgefallen, weil von Erschließungsgebühren die Rede sei, „die für einige der Anlieger das finanzielle Aus“ bedeuteten und deshalb „diese ihre Heimat verlieren“ würden.

Außerdem passten die „Flachdachwohkasernen“ nicht nur optisch nicht in die Umgebung, „sondern auch menschlich nicht“. Durch die neuen Mehrfamilienhäuser werde sich die bisherige Einwohnerzahl in dieser Straße mehr als verdoppeln. „Eine funktionierende Integration in das Gebiet ist dabei unmöglich“, so die Bürgerinitiative.

Bebauungsplan gilt

Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr habe in der Veranstaltung den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern zugesagt, dass sie ihre Anliegen sehr ernst nehmen würde. Anschließend hätten der Leiter der Stadtplanung, Bent Liebrich und die Abteilungsleiterin Baurecht, Linda Niebel, über die Bauleitplanung und die Verfahrensschritte nach dem Baugesetzbuch informiert. Dazu habe der verbindliche Bebauungsplan aus dem Jahr 1999 gedient. Die Verwaltung habe die zulässige Bauweise mit Reihen-, Ketten- und Doppelhausbebauung in verdichteter Form erläutert. An diese Vorgaben habe sich ein Investor zu halten.

Allerdings sei es Auslegungssache, ob auch ein Mehrfamilienhaus in diesen Rahmen passe. Ein konkreter Bauantrag sei noch nicht eingegangen. Niebel habe die Anwesenden auf die Einspruchsmöglichkeiten und -frist nach Offenlegung hingewiesen.

Was bedeutet die Stichstraße für die Anlieger?

Fader und Höft schreiben, nach Aussage der Stadt bestehe „kein Zusammenhang zwischen der möglichen Bebauung mit dem Bau einer neuen Stichstraße“. Das habe bei den Anwesenden für Unverständnis gesorgt, „zumal der Investor kommuniziert hat, dass er ursprünglich geplant habe, die Erschließungsstraße im Rahmen der Bebauung auf eigene Kosten vorzunehmen, was die Stadtverwaltung aber abgelehnt habe.“

Für die Anwohner stehe fest, dass die neue Stichstraße dem neuen Großbauprojekt geschuldet ist. Dieses Projekt Sorge dafür, „dass alteingesessenen Anwohnerinnen in den Existenzängste ausharren müssen und in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden“.

Verständnis hingegen hätten die Anwesenden für die Pläne, die Ver- und Entsorgungsleitungen zu erneuern. Vertreter der Stadtwerke erklärt, die Leitungen seien schadhaft und müssten saniert werden. Deshalb müsse der komplette Schönblick ab März für mindestens acht Monate gesperrt werden. „Diese Aktion ist für die Anwohner, nicht wie vor ein paar Wochen von der Stadt erwähnt, kostenfrei, sondern es wird Anschlusskosten geben“, schreiben Fader und Höft.

Bedenken bleiben

In einer „sehr emotionalen Schlussdiskussion“ habe sich gezeigt, dass Oberbürgermeisterin Eisenlohr, bemüht sei, „die Interessen der Bürger aufzunehmen und im Dialog auf Augenhöhe Bedenken auszuräumen“. Die BI bezweifle allerdings, dass ihr dies gelungen sei. „Bei den betroffenen Bürgern bleibt das ungute Gefühl zurück, dass die tatsächliche Ernsthaftigkeit nicht angekommen ist“, endet die Mitteilung.

Diese hat die NRWZ-Redaktion in Schramberg am Freitagabend erreicht. Eine Bitte um Stellungnahme ging an OB Eisenlohr. Sobald diese bei uns eintrifft, werden wir sie hier veröffentlichen.